

Er erscheint täglich
nachmittags mit Ausnahme
der Sonn- und Feiertage.

Abonnementspreis
monatlich 60 Pf.
vierteljährlich 1.50 Mk.
pennanter, frei ins Haus.
Durch die Post bezogen
1.00 Mk. exkl. Postgebühren.

„Die Neue Welt“
überall erhältlich,
durch die Post nicht be-
tragbar, kostet monatlich
10 Pf., vierteljährlich 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur:
Eduard Bruns, 1047,
Telegraphen-Bureau,
Königsplatz, Halle a. S.

Die Volksstimme

Inserationsgebühr
betragt für die 6 spalten-
weitige oder deren Raum
20 Pfennig.

Für ausserordentliche Anzeigen
30 Pfennig.

Im rekonsolidierten Konto
nach dem 75 Pfennig.

Inserate
für die fällige Nummer
müssen spätestens bis zum
Mittwoch vor dem Erscheinen
des Blattes bei der
Expedition eingekommen
sein.

Eintragungen in die
Postzeitungsliste.

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Merseburg, Delitzsch-Bitterfeld,
Halle-Weißenfels-Beitz, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga
und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Harz 42/43

Redaktion: Harz 42/43.

Steine statt Brot.

Die preussische Vergewaltigung ist heraus, am Dienstag ging sie dem preussischen Abgeordnetenhaus zu. Sie ist zu unzureichend, wie es nach den Erklärungen des Bergbauamministers vorauszusetzen war. Die Vergewaltigung wird nicht entäußert. Denn sie wurde seit Monaten schon, daß diese „Reform“ ihr Steine statt Brot bringen werde, genau so, wie es jene brachte, die nach dem großen Streik der Ruhrbergleute von 1905 von den Ervächteten des Dreiflaßunterrechts und den geborenen Gelehrten Preussens zurechtgehandelt wurde.

Der erste Teil der Novelle ist der minder wichtige. Er bietet ein Schaugericht für naive Leute. Juristische Zwirnsfäden werden gezogen, um die Befugter und Leiter der Zechen zu verhindern, die Schutzvorschriften für die Arbeiter zu verletzen über der Jagd nach Profit, über dem Wettstreben, die Kohlenförderung höher und höher zu schrauben. Zwirnsfäden, die nur zu leicht zerreißen werden. Welche praktische Bedeutung sie haben, das zeigt die trübselige Erinnerung an den Prozeß gegen den Betriebsführer der Zeche „Borussia“, den man für den Grubensbergamt verantwortlich machen wollte, der zahlreichen Arbeitern das Leben kostete. Die preussische Justiz konnte keine Schuld an ihm finden.

Die Novelle führt für die Grubenleiter und Aufsichtsbeamten den Weg f i n g u n g s a h o l e s ein. Nach dem § 73 darf der Betrieb nur unter Leitung Aufsicht und Verantwortlichkeit von Personen geführt werden, deren Befähigung hierzu anerkannt ist. § 74 bestimmt, daß diese Aufsichtspersonen verpflichtet sind, ihre Befähigung zu den ihnen zu übertragenden Geschäften nachzuweisen und sich zu diesem Zweck auf Erfragen einer Prüfung durch die Bergbehörde zu unterwerfen. Und bei § 75 steht vor, daß die Bergbehörde die sofortige Entsetzung solcher Aufsichtspersonen fordern kann, die die Anerkennung der Befähigung nicht besitzen oder wieder verloren haben. Nötigenfalls ist sie befugt, den Betrieb so lange einzustellen, bis eine als befähigt anerkannte Person angenommen ist. Wird gegen eine solche Entsetzung Beschwerde erhoben, so soll das Oberbergamt in öffentlicher Sitzung unter Zuziehung der Beteiligten darüber verhandeln und einen mit Gründen belegten Beschluß erlassen.

Was das kann natürlich nichts schaden, aber das Uebel, die Vernachlässigung der Schutzvorschriften, die Auflockerung der Sicherheit der Arbeiter wird dadurch wenig berührt. Nicht über mangelnde technische Befähigung der Zechenbeamten haben die Bergleute zu klagen — bei den großen komplizierten Zechen haben die Zechenleitungen selbst ein wohlverstandenes Interesse daran, ein technisch gut geschultes Beamtenpersonal anzustellen. Nicht mangelnde technische Schulung hindert die Beamten daran, das Nötige für die Sicherung der Bergleute zu tun, sondern die Forderung der Zechenleitungen, möglichst viel Kohlen in möglichst kurzer Zeit zu fördern, damit der Gewinn sich mehre.

Dieser Zwang, der von den Unternehmern auf die Beamten ausgeübt wird, wird auch härter sein, als die strafrechtliche Verantwortung, die ihnen die Novelle auferlegen will. Der § 76 macht jede Aufsichtsperson innerhalb des ihr übertragenen Geschäftsbereichs für die Innehaltung der Betriebsvorschriften, sowie für die Befolgung aller im Gesetz enthaltenen oder auf Grund desselben erlassenen Vorschriften und Anordnungen verantwortlich. Die Bergwerksbesitzer oder ihre gesetzlichen Vertreter, die den Aufsichtspersonen vorgelegt sind, sollen neben ihnen haftbar sein, wenn sie mit Anordnungen in den Betrieb eingegriffen haben, von denen sie wußten oder wissen mußten, daß sie gegen die gesetzlichen und anderen Bestimmungen verstoßen würden; wenn sie durch Handlungen oder Unterlassungen den ihnen unterstellten Aufsichtspersonen die Möglichkeit genommen haben, ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachzukommen; wenn sie ihnen gegen das Gesetz verstoßende Handlung oder Unterlassung der Aufsichtspersonen geduldet haben, und endlich, wenn sie es an der nötigen Beaufsichtigung der Aufsichtspersonen fehlen ließen.

Das klingt gar nicht übel, und wenn wir Richter mit sozialem Verständnis beschönigen, so wäre es nicht ausgeschlossen, daß auf Grund dieser Bestimmungen Zechenleiter, die die Steiger durch Strafen und Prämien zur befähigten Steigerung der Förderung um jeden Preis antreiben, zur Rechenschaft gezogen werden, weil sie den Aufsichtspersonen so die Möglichkeit genommen haben, die Sicherheit des Betriebes zu wahren. Aber die Erfahrungen, die wir mit den deutschen Gerichten machen, wenn sie über Unternehmer zu urteilen haben, die gegen Arbeiterschutzbestimmungen verstoßen haben, berechtigen uns zu solchen Erwartungen nicht. Oder können die sehr bedenklichen Bestimmungen dieses Paragraphen dahin führen, daß die Zechenleiter bei Verstoß frei ausgehen, weil sie angeblich nicht wußten und nicht wissen mußten, daß ihre Anordnungen oder die Handlungen der Aufsichtspersonen gegen die Vorschriften verstoßen haben, daß ihre Anordnungen den Beamten die Möglichkeit nehmen, dem Gesetz zu gehorchen, und daß die Beamten sich weigern, ihre Pflicht zu erfüllen. Um so mehr, da von den Richtern nur immer in Gestalt der unteren Beamten die von der öffentlichen Meinung etwas verlangten Sündenböcke zur Verfügung stehen. Denn so lange der Steiger nicht zur Rechenschaft gezogen wird, so lange es noch nicht gelungen ist, das von der Leitung geforderte Quantum Kohle fördern zu lassen. Stärker als die Drohung des Gesetzes wird sich meist die Drohung des Inter-

nehmens erweisen, der den nicht willigen Beamten dabonjagt und ihn — wie Beispiele zeigen — im ganzen Revier unmöglich macht.

Es gibt nur einen Weg, zu größerer Sicherheit der Bergarbeiter zu gelangen; die Bestellung der Arbeiter selbst zu Wählern über den Schug ihres Lebens, die Bestellung von Arbeiterkontrolloren. Diesen einzigen Weg aber will die preussische Regierung nicht gehen, wie der zweite Teil der Novelle zeigt. Da der Minister die einmütige Forderung der Bergleute aller politischen und gewerkschaftlichen Richtungen nach dem erschütternden Unglück auf „Rabob“ nicht ganz zu ignorieren magt, so sucht er in der Öffentlichkeit den Anschein zu erwecken, als komme er dieser Forderung entgegen, während er in Wirklichkeit an Stelle des Geforderten ein wertloses Surrogat gibt. An Stelle des unabhängigen Arbeiterkontrolloren wird den Bergleuten der von der Zechenleitung abhängige „Sicherheitsmann“ befehrt, der nicht ständig die Zeche, sondern jeden Monat einmal die Steigerabteilung, der er angehört, befehen darf und dann nur in Begleitung eines Aufsichtspersonen Anordnungen darf er nicht treffen, selbst in Fällen dringender Gefahr, er muß dann den staatlichen Bergwerksbeamten benachrichtigen. Die Sicherheitsmänner werden an den Mitgliedern des Arbeiterausschusses genommen. Seine Mitglieder müssen in ihrer Mehrzahl von den Arbeitern gewählt werden. Auf jede Steigerabteilung soll ein Vertreter entfallen. Die Wahl ist unmittelbar und geheim, maßberechtigt sind nur die volljährigen Arbeiter, die mindestens ein Jahr ununterbrochen auf der Zeche beschäftigt sind. Die Vertreter müssen 30 Jahre alt sein und drei Jahre ununterbrochen auf dem Werke arbeiten, sollen sie als Sicherheitsmänner tätig sein, müssen sie mindestens fünf Jahre unterrichtet und davon zwei Jahre als Deuter tätig gewesen sein. Wähler und Gewählte müssen Deutsche sein und der deutschen Sprache und Schrift kundig sein — wodurch die zahlreichen ins Kohlenrevier gelockten Ausländer und viele Deutschpolen entrechtet werden. Die Zechenleitungen haben also Handhaben genug, um ihnen mißliebige Arbeiter, die sie als energische Leute und furchtlose Vertreter der Interessen ihrer Kameraden fennen, von dem Posten des Arbeiterschutzmannes bezu. des Sicherheitsmannes fernzuhalten. Sie haben Mittel über Mittel, um die Arbeiterausschüsse zu ihren gefügigen Werkzeugen zu machen und somit doch einmal ein räudiges Schaf hinein, so haben sie stets die Waife der Maßregel, der Entlassung, denn mit der Entlassung von der Zeche erlischt natürlich auch sofort das Mandat zum Arbeiterschutz. Deshalb haben auf manchen Zechen die Arbeiter schon bislang die Wahl von Arbeiterschutzmannschaften einfach abgelehnt. Die Novelle trägt dem Rechnung, indem sie dem Oberbergamt die Verfügung gibt, wo a n g e s e h e n i s t u s s ä h l i g e zu bestimlen, wenn die Arbeiter keine bilden wollen! Da die Beamten der Bergbehörde mit den Zechenleitern nicht bloß gesellschaftlich und vielfach auch vermandtschaftlich verbunden sind, sondern auch in den Anordnungen über die Arbeiterorganisationen mit ihnen gleichgehen, so kann man sich vorstellen, wie solche Ausschüsse aussehen werden. Die Ausschüsse f i n n e n auch mehrere Befragungen im Monat durch die Sicherheitsmänner fordern! Das heißt, wenn ihre Mitglieder die Gefahr der Maßregelung, der schwarzen Liste riskieren wollen!

Die Regierung selbst ist gezwungen, zuzugeben, daß alle diese Bestimmungen für die Koh sind, so lange die Arbeiterschutzvereine von der Zeche abhängig bleiben. Denn sie nicht sich genötigt, in der Novelle zu bestimmen, daß der Sicherheitsmann im ersten Jahre seiner Wahlperiode nur entlassen werden darf, wenn er „seinen Verpflichtungen nicht nachkam oder als Sicherheitsmann ungeeignet ersehene“. Eine schwächliche Halbheit, die den Bergleuten gar nichts nützt! Denn erstens ist die Auslösung nach einem Jahre auf die schwarze Liste gelegt zu werden, gerade nicht geeignet, den Sicherheitsmann zu energischer Erfüllung seiner Pflichten anzuweisen und zweitens kann die Zechenleitung einen Arbeiter jederzeit derartig schikanieren, daß er gezwungen ist, selbst zu kündigen.

So verandelt sich das angebliche Brot, das die Novelle dem Bergmann zu reichen vorgibt, bei näherer Betrachtung in harten Steine. Aber als das Leben des Bergmanns nicht eben der Profit der Kohlenhändler. Und so wird's bleiben, so lange Kraut- und Schlotzucker auf Grund des Dreiflaßunterrechts in Preußen herrschen. (L. P.)

Vergewaltigung im Dreiklassenhaufe.

Man muß mit jedem die Sprache reden, die er versteht. Die Mehrheit des preussischen Abgeordnetenhauses hat den Gen. Abol. Hoffmann verstanden, als er am Sonnabend diesem Unwiderstandes alle Parlamente in so herzerquickend umarmender Art die Weile der Arbeit seiner Forderung bezogte. Das „Wutgeschrei“ der Zechen, die fittische Entrückung der Liberalen beweist es. In den weitesten Volksteilen, keineswegs bloß in den sozialdemokratischen, wird man das Gefühl haben, daß man wirklich der Ton gefunden ist, der dem Treiben der Junker angemessen ist. Es ist ja für Leute, die es mit dem parlamentarismus ernst nehmen, wie für Sozialdemokraten es sind, bedeutend angenehmer, sich auf der Höhe der parlamentarischen Debatte zu halten, als in die junkerlichen Niederungen hinabzusteigen, wo die Kraftworte fliegen wie die Feldsteine. Wenn

aber das sehr zweifelhafte Vergnügen, mit diesen Herrschaften Parlament zu spielen, noch durch gewalttätige Mundstummung kompliziert wird, dann ist eben die Grenze erreicht, wo das Reich der tonenlosen Stille bis zu Ende ist und das der goldenen Aufrichtigkeit beginnt. Wer als politisch interessierter Mensch gezwungen war, in den letzten Tagen die Berichte aus dem Dreiflaßhaufe zu verfolgen, wer weiß, was in diesen wenigen letzten Tagen von der Mehrheit gelehrt worden ist, dem nimmt das bedrückende Stichtwort einen Eindruck von der Seele. Ein Wort zur rechten Zeit, beinahe schon zur höchsten Zeit!

Dem Genossen Hoffmann war bei der Beratung der Befolungsreform für die Geistlichen bei jeder Gelegenheit offen und mit zur Schau getragenen Willkürlichkeit das Wort verweigert worden. Die erste Rede zu diesem Thema, die Hoffmann vor einigen Monaten in diesem Hause begonnen und nach erfolgter mündlicher Wortentziehung in einer öffentlichen Versammlung beendet hatte, hatte den Herren so schädel gefallen, daß sie überintamten. Hoffmann auf seinen Fall werden auf seine auf meine Aufregung zum dritten Male abspitze, entwickelte sich die folgende Szene:

Abg. Hoffmann: Mit dieser dritten Qualifizierung haben Sie den Beweis erbracht, daß Sie selbst für unfähig halten, auf meine Ausführungen zu antworten. (Lachen rechts.) Diese dritte Wortentziehung, Ihre erste ist feige. (Unruhe rechts. Gluck des Präsidenten.)

Feige und infam zugleich!
(Unruhe rechts. Zustimmung v. d. Sozialdemokraten.)
Vizepräsident Dr. Krause: Zunächst muß ich Sie bitten, das Weiterreden zu unterlassen, sowie der Präsident die Glocke läßt. Das ist ein Gebot der Ordnung dieses Hauses und ein Gebot der Achtung vor dem Präsidenten. (Lachen rechts.)

Abg. Hoffmann: Nicht vor dieser Mehrheit!
Vizepräsident Dr. Krause: Wie weit Sie mit Ihren Worten die Selbstachtung gewahrt haben, haben Sie selbst zu entscheiden. (Lachen.) Herr Präsident, Hoffmann hat nicht nur ein Gebot der Selbstachtung erfüllt, sondern ist auch dadurch in der Achtung weiterer Kreise g e l i e g e n i d. (Lachen.) Sie haben aber die Würde des Hauses (?!!) verletzt, und ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Lachen rechts.)

Abg. Hoffmann: Das ist eine Ehre für mich!
Vizepräsident Dr. Krause: Diese letzte Bemerkung war gleichfalls ordnungswidrig. Ich rufe Sie zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen dieses Ordnungsrufes aufmerksam. (Lachen rechts.)

Die „Deutsche Tageszeitung“ vertritt die Betrübnis ihres Organs, wenn sie meint, solange sich Hoffmann nicht an eine s ä h l i g e (11), könne er nicht zu den unabhängigen Beamten gehören und gehören wollen, als der Herr v. Kröcher neulich mit Recht die preussische Landesversammlung bezeichnete. Ein gnädiges Gesicht behüte den Genossen Hoffmann davon, in die Ehrenerkennungen des Herrn v. Kröcher mit einzuschließen zu werden! Die sozialdemokratische Fraktion des Abgeordnetenhauses ist kein gleichartiger Bestandteil jenes Hauses, soll seine Ehre und sein Ansehen sein. Alle ihre Begriffe von Recht, politischer Ehre und politischem Anstand sind ihre eigene Sache und Sache des Volkes. Gleich ein Beispiel dafür: Die „Deutsche Tageszeitung“ schlägt vor, das Haus solle den Genossen Hoffmann nicht wieder zu Worte kommen lassen, wenn er sich nicht entschuldigt. In konservativen Kreisen fällt man diesen Vorschlag (wenn auch sicherlich nicht für klug) so doch wahrscheinlich für anständig, nach sozialdemokratischer Auffassung aber würde ein Parlament, das durch Verschönerungen die parlamentarische Redefreiheit zu beseitigen versucht, den letzten Rest seines Existenzrechts verliert haben.

Aus dem Massenhaufe schreibt man uns: Die dritte russische Duma ist ein freirechtliches Institut im Vergleich zum preussischen Abgeordnetenhaus, und um einen gleichen Grad parlamentarischer Vergewaltigung zu konstatieren, muß man schon die todbenden Junkerfamilien des Frankreichs der zurückgelegten Bourbonen heranziehen. Mit spezifischer Offenheit wird die Wortentziehung gegenüber den Sozialdemokraten zum Prinzip erhoben und ein parlamentarisches Ausnahmengesetz gegen sie proklamiert. Der Zentrumsmann Vorich und der Nationalliberale Krause zeigen sich als Vizepräsidenten von edelmütiger Geduld, durchdrungen, nur daß sie in ihrer läppischen Nachsicht wohl die schändlich sein folgende Rücksichtslosigkeit, aber nicht den immerhin etwas verhöhnenden herdem Humor des Genossen von Hinzelsberg zu forcieren wissen. Herr Krause, der Finkenationalliberale, setzt sich über die Geschäftsordnung mit herben Insulten hinweg, wie Herr v. Kröcher, der in eingetragenenemachen, um in seiner Volkslistensprache zu reden, „Schwupper“ über Schwupper begehrt.
Nicht weniger als dreimal in der Sonnenabendigung wurde das Hallweil des Debatteklusses benutzt, um den Genossen Abol. Hoffmann an das Wort abzugeben. Zunächst geschah das bei einem konservativen Antrag, zu dem sich die Redner sämtlicher bürgerlicher Parteien mit Ausnahme der Polen und des Zentrumsklusses geäußert hatten, die beiden letzteren Fraktionen schwiegen sich prinzipiell bei Fragen aus, die die evangelische Landeskirche betreffen. Nachdem tags zuvor bei der allgemeinen Debatte die Darlegung des Standpunktes der sozialdemokratischen Fraktion verhinbert worden

21
 22
 23
 24
 25
 26
 27
 28
 29
 30
 31
 32
 33
 34
 35
 36
 37
 38
 39
 40
 41
 42
 43
 44
 45
 46
 47
 48
 49
 50
 51
 52
 53
 54
 55
 56
 57
 58
 59
 60
 61
 62
 63
 64
 65
 66
 67
 68
 69
 70
 71
 72
 73
 74
 75
 76
 77
 78
 79
 80
 81
 82
 83
 84
 85
 86
 87
 88
 89
 90
 91
 92
 93
 94
 95
 96
 97
 98
 99
 100

war, wollte Adolf Hoffmann bei Gelegenheit des Konversations-
Antrages unseer prinzipielle Stellung darlegen. Sofort kam
der Debatte, dass der durch komische Moralaparden be-
kannt gemordete Konterobatte v. Arnim-Jülichow ganz offen
mit der Absicht begründete, Hoffmann nicht zu Worte kommen
lassen zu wollen. Genosse Hoffmann erwiderte dieses Vor-
gehen, und der Zentrumspräsident Wolff bestätigte diese Be-
zeichnung durch einen Ordnungsruf. Lieberherrn hat das Zen-
trum gegen den Schluss gestimmt, während wenigstens ein Teil
der Freikämmlinge sich an der Debatte beteiligte. Bei den
Ausnahmefällen, die das famose Prinzip der Stimmzettel-
zulagen auch auf die katholischen Geistlichen ausdehnt, wurde
noch zweimal von der Oulitine Gebrauch gemacht, und wie-
derum richtete sich die Entrangulierung gegen Hoffmann. Als
er den dritten Debatteabschnitt mit ebenso kräftigen wie un-
treffenden Worten charakterisierte, eilte Vizepräsident Krause
den Jüngern mit zwei Ordnungsrufen zu Hilfe und drohte mit
Vortreibung im Falle eines dritten Ordnungsrufes, gleich
als ob die betreffende Bestimmung der Geschäftsordnung sich
auch auf persönliche Bemerkungen bezöge. Es fehlte wenig,
dass er gedroht hätte, Hoffmann in Ketten fortzuführen zu
lassen.

Dass die Katastrophe der Kirche angenommen wurde, ver-
steht sich am Rande. Am Montag sollen die dritte Lesung des
Recherchierungsgesetzes, die erste Lesung des Verwaltungs-
und die zweite Lesung des Vergleits stattfinden. Auf Schmelzer
versteht sich ja das Daus der Wortentzöher.

Das Vertrauen zum Dreikönigsparlament ist noch nicht so
ganz in allen Bevölkerungskreisen erschüttert, wie mancher
vielleicht annimmt. Im Tag ereignet jetzt am Vorabend der
Beratung der preussischen Vergewaltigung, als Vertreter der
Rechten Herr Senator Martens-Dormund das Wort, um
gegen die Einführung von Arbeiterkontrollen zu protes-
tieren. Dabei macht der eingetragene Feind aller Arbeiter-
forderungen dem preussischen Dreikönigsparlament diese Liebes-
erklärung:

Würde es sich bei den Arbeiterkontrollen um ein Reichs-
gesetz und den Reichstag handeln, man täte besser, mit einem
lasciato ogni speranza (Laf! alle Hoffnung fahren) die
Feder niederzuliegen. Einweisen aber handelt es sich bei
den Arbeiterkontrollen aber noch um ein preussisches Ver-
waltungs- und unter Abgeordnetenhaus.

„Infer“ Abgeordnetenhaus, das Abgeordnetenhaus der
Junker und Scharfmacher, der Krants und Scholbarone, das
Unparlament des Reichsverbandes, die Zentralstelle
aller arbeitserfindlichen Maschinen, „infer“ Abge-
ordnetenhaus beginnt die Beratung eines „Vergewaltiger-
Schutzgesetzes. Mit lächerlicher Nube genießt das Grubenkapital dieses
schwarze Schauspiel.

Politische Uebersicht.

Halle, den 15. Februar 1908.

Aus dem Reichstage.

Der Reichstag schloß am Sonnabend in einer Sitzung von
geradezu neuverherrlichender Länge den umfangreichen Rest des
Etat des Reichsamt des Innern durch. Solche Sitzungen, die
mit den kurzfristigen Ansprüchen, die sie an die Arbeitkraft
von ganz nicht allmählich belohnten Angehörten des Reichstages
stellen, ein wahrer Dohn auf die Sozialpolitik sind, sind die Folgen
der geradezu verwerflichen Zeitverteilung, die der Reichstag mit
seinen inneren Jähzornen tagelang getrieben hat. Weil Herr
Diedrich Ihm wieder einmal Reflektieren für sich machen mußte
und sich im offenen Reichstagsaal statt in der Plakatkonferenz mit seinen
freistimmigen Brüdern in Wilow herumschante, mußten so wichtige
Gänge wie die des Reichsgeheimnisses, des Versicherungs-
wesens um, vor einer winzigen kleinen Korona von Abgeordneten
und unter allgemeiner Unachtsamkeit an einem einzigen Nach-
mittage durchgearbeitet werden. Dadurch leidet das Interesse der
beteiligten Kreise, dadurch leidet auch die Verantwortlichkeit und
nicht zum wenigsten das Ansehen des Parlamentes. Aber was
liegt dem Wilow-Blod daran?

Die Hundert und mehr Reden, die an diesem Tage gehalten
worden sind, auch nur aufzusähen, würde eine unbillige An-
spruchnahme der Zeitungspalpen sein. Wir verweisen auf den
Bericht. Von unserer Fraktion trachen Brüder, der beim Kapitel
des Reichsgeheimnisses schwere ingenieurellle Mißstände rügte,
Soch, der freistimmige Entstellungen in der Krankenversicherung zu-
wies, Wölnburg, der auf die Lage des Reichsversicherungs-
wesens gegenüber berufsständischen Antisozialpolitik hinwies,
Wohmann - Wiesbaden, der die eigenartige Arbeiterfürsorge am
Nordostkanal beleuchtete, Frank-Mannheim, der unsere Zustimmung
zu der sich gegen das Umwelen der Abnehmerversicherung
richtenden Zentrumsresolution zum Ausdruck brachte.

Am Montag finden Kammerplaudereien, Etat des Reichstages
und des Reichslebensamt zur Beratung.

„Verbedelte“ Matritularbeiträge.

Nachdem die Nachlasssteuer in der Finanzkommission voll-
ständig gefallen ist - selbst ihre Trümmer werden kaum mehr
gerettet werden können - hat sich die geheime Subkommission
dem Projekt der sogenannten „verbedelten Matritularbeiträge“
mit erhöhtem Interesse wieder zugewendet. Nach diesem
Projekt, das ursprünglich in der „Kreuzzeitung“ aufgetaucht ist,
soll etwa ein Fünftel der geordneten Summe nicht aus neuen
Verbrauchsabgaben - sondern aus erhöhten Zulässen der
Einkünfte aus der Reichsgerichtsbarkeit aufgebracht werden, mit
reichsgerichtlichen Maßgabe, daß die Einkünfte aus dem Betrag
„vom Vermögen“ zu erheben sollen. Es soll dabei in ihr freies
Ermessen gestellt werden, ob diese Erhebung durch Nach-
lasssteuer, Zinsensteuer, Vermögenssteuer usw. aufgebracht werden
soll. In der Begründung dieses dreifachen Vorschlags vertritt die
„Kreuzzeitung“ eine sehr baldenswerte Auffassung. Sie
schreibt nämlich:

Die Konterobatte werden unter keinen Umständen einer
Reichsvereinssteuer zustimmen, die dem aus dem allge-
meinen Wahlrechte hervorgegangenen Reichstag die Möglich-
keit zu Vermögenskonfiskationen gibt.

An Stelle des Reichstages, dem Parlament der Junger-
leiber und Odenknechte, soll - in Brechen wenigstens - das
Gesetzparlament, das Dreiflässigenparlament darüber zu be-
finden haben, was die Reichen dem Reich zur Erhaltung seines
Zweckes und seiner Flotte bezahlen sollen. Durch diese Art der
Verbindung mit der konterobatte Vorschlag zu einem Angriff
auf die Finanzrechte des Reichstages, zu einem feindseligen Vor-
stoß gegen das allgemeine Wahlrecht, und zu einem - aus-
gezeichneten Geschäft für die beteiligten Klassen. Jetzt nur noch
das Brandtweinmonopol, und dann wird der „Finanzamt“
abgeholt sein. Zwar nicht des Reiches, aber der Junker!

Reichs-Kohlensteuer. Aus zuverlässiger Stelle will die
„Neidisch-Befähigte Zeitung“ erfahren haben, daß die Kon-
servativen den Antrag stellen werden, statt der Nachlasssteuer

eine Reichs-Kohlensteuer in Höhe von 50 Pf. pro Tonne
einzuführen und daß die Regierung nicht abgeneigt sei, auf
den Plan einzugehen. - Die Kohlenmagnaten drohen bereits,
daß sie in diesem Falle entweder die Löhne herabsetzen, oder
die Kohlenpreise in die Höhe treiben werden.

Englische Nachträge.

Der König von England hat am Freitag Berlin verlassen,
und die Orligiosen beider Länder verabschiedet, das alles zum aller-
höchsten Wohlgefallen verlaufen sei. Nach einer Werbung der
„Wall Mail Gazette“ soll allerdings der lebende Punkt der
zwischen dem kaiserlichen Wilow und Sir Charles Darbington
getroffenen Vereinbarungen in dem Einverständnis darüber be-
stehen, daß eine Verständigung über das Tempo der beider-
seitigen Rüstungen am möglich sei, und diese Nachricht ist
noch geeignet, recht viel Wasser in den Wein deutsch-englischer
Freundschaftsfeinde fließen zu lassen. Man muß einmal
mit der Tatsache rechnen, daß weite Kreise des englischen
Volkes sich die Fortschritte der deutschen Escrütierung nicht
anders erklären können denn aus der Absicht, die Herrschaft
Englands zur See eines Tages zu stützen, und unendlich viel
törichtes Zeug, das von den deutschen Flottenentzöhern geredet
und geschrieben wurde, hat dazu beigetragen, das englische Wis-
sen zu häufen. Da könnte nur ein radikaler Engländer
schief sehen, wie er in anderen regierten Ländern durch
Steuern, Verengung der Parteipolitik und Kabinetts-
wechsel einzurücken pflegt. So lange in Deutschland noch die
selben Kräfte am Ruder sind, die die Isolierung des Reiches
verursacht haben, wird das Mißtrauen des Auslandes gegen
die deutsche Politik nicht verschwinden.

Was zu gewissem Grade interessant ist Ebes Versuch jetzt durch
die wütenden Majoritäten der Postfalschprei geordnet, da das
Reichstagspräsidium und vor allem die Postämter nicht „ge-
bührend“ behandelt wurden. Von den grün verärgerten Reuten,
die Verwünschungen gegen den Hof schleudern, gehört auch jene
Sorte bürgerlicher Journalisten, deren beneidenswerte Auf-
gabe darin besteht, zu berichten, was für ein Kleid die Prinz-
essin Dorothea Eulalia anhatte, wie vortrefflich den Prinzen
Kaiserin Ferdinand die Hufeisenform kleidet, wie überaus
voriglich die Alchymisten Herrschaften ausgaben und weise
Sonne es überhaupt ist, die den Vorzugen zu gönnen, die die
Suff so häufig preussischen Döner atmen dürfen. Es ist
sein appetitliches Schauspiel, zu sehen, wie diese Leute jetzt die
Spindel, den sie jahrelang ledern mußten, wieder von sich
geben, und was sie in der Gefühlsregung des Herzes aus den
Geheimnissen ihres Berufs ausplaudern, wie geradezu er-
schütternd. So wird uns jetzt a. B. in der bürgerlichen Presse
erzählt, daß ein bekannter deutscher Journalist, eine wahre
Herr seines Standes, einmal einige Stunden bei Hofe aus-
gebracht habe, in einem - Häßt verborgen, in das ihn ein der
Presse wohlgestimmter Kammerdiener gesteckt hatte! Der Held
des Schicksal für ewige Zeiten, im Wiffert aufbewahrt zu werden
- aber der deutsche Zeitungsläser wird fortan jede be-
geisterte Schilderung des Hoflebens, die er im Kreisblättern
sieht, mit der Vorstellung eines Schmocks verbinden, der im
Wiffert verrothen, voll Angst, in dem nächsten Augenblick er-
trapt und rausgeschmissen zu werden, seine untertänigen Ver-
dienste schämt.

Es geht der Wurm frimmt sich, wenn er getreten wird. Die
mischandelten Hofbedienten kriechen aus den Wifferten her-
vor und schämen dem Obersten der Hofbedienten, dem
Grafen August Eulenburg, inmensgroße Rache. Das innere
Ergebnis des englischen Königsbesuchs ist ein neuer
Lafairenfreit.

Europa sieht es mit Stammen.

Der geschlossene Stimmzettelkasten.

Der ehemals deutsch sozial-antimilitarische, jetzt reform-anti-
semite Reichstagsabgeordnete Philipp Köhler - Langs-
dorf hat sich beiläufig von der Wirtschaftlichen Vereinigung
verabschiedet, weil sie ihm zu reaktionäre Politik trieb. Durch
die Motivierung seines Ausscheidens hat er sich den Zorn
derer um Liebermann von Sonnenberg zugezogen. Diese setzen
ihm bereits durch Resolutionen zu und länder ihm schlimme
Fehde an. Aber Herr Köhler ist nicht gewillt, sich wider-
spruchlos abschließen zu lassen. Er führt im Amtsblatt seines
Wahlkreises, dem „Giesinger Anzeiger“, seinen ehemaligen
Freunden sehr energisch in die Parade.

Er führt an, wie unkollegial es in der Wirtschaft-
lichen Vereinigung zugegangen sei und sagt dann auseinander,
daß er von Liebermann von Sonnenberg einen förmlichen
Terrorismus in Anwendung gebracht haben, um Stim-
men für den Sprachenparagrafen des Vereinsgesetzes zu ge-
winnen. Von dem Vereinsgesetz selbst sagt Köhler, daß es
mit seinen unrichtigen Bestimmungen den Haffen
einer Polzeiordnung gebracht habe, den man bisher nicht ge-
kannt hat. Wöhlisch sagt Köhler dann:

... es ist den Aufsch-Schälen durch ihren Terror-
ismus gelungen, meinen Freund, den christlich-sozialen
Abgeordneten Franz Wehrens, man kann fast sagen,
zu zwingen, mit ihnen für die beiden Sprachen-
paragrafen und andere freisprechende Bestim-
mungen zu stimmen. Ich rief dem Abgeordneten We-
hrens damals zu: „Aber Franz, was ist du da!“
- Mir selber hatte man demselben den Kaffen, der die Ab-
stimmlisten enthält, entwendet, um mich an der Abstimmung
zu hindern; auch hatte mir die Fraktion des Referat über
das Reichsvereinsgesetz entzogen.“

Die Mittel, die die Herren um Liebermann von Sonnenberg
in Anwendung gebracht haben, um den Sprachenparagrafen
unter Dach und Fach zu bringen, sind ebenso charakteristisch
für die Antikemien wie für das Reichsvereinsgesetz.

Deutsches Reich.

Der Arbeitsplan des Reichstages. Am heutigen Montag
gelangen zur Verhandlung: Postdamperverordnung und Etat
des Reichstages, sowie des Reichs-Eisenbahns; dann folgt der
Etat der Reichsamt und der Vorlage, betreffend die
Armenunterstützung. Das Telephongesetz wird mit dem Post-
etat verhandelt. Außerdem ist für diese Woche ein
Schwermetag geplant.

Das Marokko-Weißbuch. Das angefündigte Weißbuch
über Marokko soll in der nächsten Zeit noch immer nicht er-
scheinen; es ist überhaupte mit der Wichtigkeit zu rechnen, daß
die Herausgabe des Weißbuchs unterbleibt. Den Mitgliedern
der Budgetkommission ist das Weißbuch unter Aufzeichnung
strengster Geheimhaltung bereits vor etwa zwei Wochen aus-
gegangen. - Fraglich ist, ob diesem Weißbuch eine besondere Be-
deutung beizumessen ist; denn je geheimnisvoller die Regierung
in solchen Sachen tut, desto mehr steht in der Regel dahinter.

Ein deutscher Kriminalbeamter wegen Spionage verhaftet.
Zu der Aufsehen erregenden Verhaftung des deutschen Krimi-
nalbeamten Anietich in Krakau ist noch nachzutragen, daß

Anietich in russischen Auftrage in Oesterreich „ge-
arbeitet“ hat. Polizeirat Wödlner in Wien bespricht, daß
Anietich vom Deutschen Grenzkommissariat beauftragt war, in
Wien Station zu machen. Anietich ist Anietich vom Polowanig
fanz, seit er in Krakau aufhört. - Für das Verhältnis
zwischen preussischer Polizei und russischem Spittelmann ist der
Fall aber deshalb nicht weniger charakteristisch.

Wahlbündnisse des Protestantismus. In München,
einem der Zentrumswahlkreise Kronach-Bayreuth, sind
nach Wahlbündnisse der Wähler in einer einzigen Klasse
der dortigen Volksschule 21 Schüler gegenwärtig
krank. Diese auffallende Erscheinung wird erklärt, wenn
man nachfolgende Einzelheiten über die dortigen Schülere-
hältnisse vernimmt. Ein alter Wirtshausaal mit schlecht
ober gar nicht schließenden Fenstern über einer offenen Halle
dient als Bildungshalle. Während der letzten Tage soll im
Saal ein ganz munteres Schneetreiben geherrscht
haben! Geheizt wird in einem alten Besch-
ofen, und zwar wird „Ihon“ lutz vor 8 Uhr angeführt.
Die am Tage sitzenden Schüler tragen, die entfernt sitzenden
erhitzen. An die Ofen zu bemerken, daß die Kinder vielfach, um
zum Schulfuß zu gelangen, sehr weit durch Schnee und Wal-
der waten müssen, um dann in einem solchen, allen hygieni-
schen Anforderungen geradezu hochgradigsten Räume funk-
tionieren zu können. - Die alte Erscheinung! Wahr! Wahr!
Kulturstaaten liegen darnieder, während für unproduktive Zwecke
andauernd Einkünfte geopfert werden.

Anarchoisten-Prosch. Der Anarchoist Epp Center aus
Berlin wurde vom Kammergericht wegen „Aufreizung“
der Arbeiterschaft zum Widerstand gegen die bestehenden Ge-
setze und zur Verletzung fremden Eigentums, welche „Straf-
taten“ er in einer Agitationsrede im Gemeindefestsaal
„Schillergarten“ in Plauen begangen haben soll, zu einem
Monat Gefängnis verurteilt. Man hatte den Angeklagten in
Unter suchungshaft genommen!

Reichsvereinsbündnisse Frauen. Eine neue Organisation
der haarkaltenden Frauen ist in einer im Reichstagsgebäude
stattgefundenen Sitzung unter dem Namen „Nationaler Frauen-
verein“ ins Leben getreten. Die neue Organisation soll nach
dem Willen des Reichsverbandes die Sozialdemokratie
ausgebaut werden und in der gleichen Weise den „Kampf“
gegen die Sozialdemokratie führen. Zu dem Zwecke sollen
Provinzialverbände und Ortsgruppen gebildet werden.
Nach diesem vielversprechenden Anfang kann man mancherlei
erwarten.

Ausland.

Rußland.

Agro - Chef der Estrassen.

Die Pariser Zeitung „Des Nouvelles“ brachte vor einigen
Tagen die Mitteilung, daß der nach Paris geflüchtete Würder
des Kadettenführers Dr. Jollos sich in die französische Regie-
rungsverwaltung in Agropol auszuweisen, damit er die
Wahlkreise erlange, die Begleitumstände des Mordes vor Ge-
richt aufzuklären. Das Blatt fügte hinzu, daß dieses Ver-
such in Verbindung steht mit den Enthüllungen über die provokatorische
Tätigkeit Agros.

Die Vorgesichte dieses Falles ist folgende: Anfang Juni
1907 wurde einer der energigsten Führer der christlichen
Kampfgenerationen, der frühere Arbeiter Kaganow, in der
Nähe von Petersburg ermordet aufgefunden. Es stellte sich
heraus, daß er unter dem Deckmantel eines Revolutionärs
den Kreisen unerschaffener junger Arbeiter Anhänger geworden
hatte, mit deren Hilfe er Attentate gegen Leute injenierte, die
der christlichen Volksoberband aus irgendwelchen Gründen be-
seitigen wollte. So organisierte er u. a. ein Bombenattentat
gegen den Grafen Witte und den Wordingham gegen Dr.
Jollos. Der Würder des letzteren, ein junger Arbeiter, namens
Fedorow, erfuhr erst nach dem Morde, daß er das Werkzeuge
eines christlichen Provokaturs geworden war und ermordete
ihn aus Rache.

In welchen Beziehungen steht Agro zu diesem Falle? War
er, der Chef der Kampfgeneration der Sozialisten-Revolutio-
näre, der Agro provokateur des Polizeibeamtens, zugleich
der Chef der Kampfgeneration des christlichen Volksober-
bands?

Es spricht sehr viel dafür, daß diese Verbindung tatsächlich
existierte. Punkte der Ähnlichkeit zwischen ihm (langt im Um-
fange. Und nun finden wir in den Petersburgern Zeitungen
folgende Angaben:

Personen, mit denen Agro durch seine verbrecherische Tätig-
keit verknüpft war, fanden auch in Verbindung mit den
Kampfgenerationen des christlichen Volksoberbands. Der
Apparat, welcher revolutionäre Attentate vorbereitete, hand-
barmittelte dritter Personen in Verbindung mit dem Appa-
rate, welcher die christlichen Attentate injenierte.

Diese Angaben lösen den Widerspruch, der darin enthalten
ist, daß Kaganow, der seine Hand im Spiel hatte bei der Er-
mordung Hergejens und Jollos, einige Zeit in den Reihen
der „Maximalisten“ teil sein konnte. Die Attentate, die Agro
mit Wissen und Willen der politischen Polizei organisierte,
genügte eben nicht. Es mußte nebenbei noch ein anderer Appa-
rat ins Leben gerufen werden, der neben der aktiven Teilnahme
an Bogroms Attentate gegen mißliebige Personen ausüben
konnte - die christlichen Kampfgenerationen. Und die
Tätigkeit dieser Organisationen schenkt Agro mit der ihm
„unterstellten“ revolutionären Organisationen „koordiniert“ zu
haben. Sedenfalls hat er auch dort seine Hand im Spiel gehabt.

Es hat vielleicht die Ursache, weshalb das Zentralorgan der
Christen, „Krusche Snamja“, so energig für Agro eintritt
und erklärt, es sei die „Ehrenpflicht“ der Regierung, Agro zu
schützen?

Ein Attentat.

In der Nähe der Rathskirche wurde der
Vorliegende des temporären Kriegsgerichtes Kofelen von
einem Unbekannten durch einen Revolverwurf am Kopf ver-
wundet. Der Täter ist nach längerem Widerstande schwer
verwundet und dann verhaftet worden.

Serbien.

Nachrichten des „Kriegsleiters“.

Belgrad, 14. Februar. Infolge des entsetzlichen Auf-
tretens der russischen Regierung beginnt sich nunmehr das
Kriegsieber zu legen. In einem inspirierten Artikel des
Wlades „Belgradski Novine“ wird darauf hingewiesen, daß
genaumäßig Serbien auf diplomatischem Wege mehr erreichen
könne als durch Krieg.

Der Bundesrat.

Belgrad, 14. Februar. Das Memorandum an die Mächte
bezt. der Forderung Serbiens soll in den nächsten Tagen ab-
gehen.

Kommunales.

Kommunale Hilfeleistung für die Arbeitslosen.

Das entschlossene Vorgehen der Arbeitslosen in Brandenburg a. d. H. die wie gemeindet im geflohenen Zuge vor das Rathaus marschierten und den Oberbürgermeister durch eine Deputation um schleunige Maßregeln zur Linderung der Not ersuchten, hat zur Folge gehabt, daß der Magistrat die Verteilung von Kohlen und Gewährung von freiem Mittagessen, zunächst an arbeitsetzte Arbeitslose, beschlossen hat. Geld-

unterstützungen sollen nur in ganz besonders dringenden Fällen bewilligt werden. Für Kostfahndarbeiter, mit denen jedoch erst im Frühjahr geteilt werden kann, sind vom Magistrat 80.000 M. bereit gestellt. Sämtliche Hilfeleistungen sollen nicht als Armenunterstützung gelten.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister.

Bei der Bürgermeisterwahl in M. d. S. bei Markstraße wurde der von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagene Gemeinderat **Pütterer** mit 87 Stimmen gewählt.

Der Zentrumsbürgermeister-Kandidat erhielt 80 Stimmen. Der Wahlkampf war ein äußerst heftiger.

Verantwortlich für Beiträge, Vollständige Uebersicht und Verbindungen Paul Hennig, für Ausland, Gesellschaftliches, Feuilleton und Vermischtes Karl Bod, für Vorträge Otto Liebuhr, für Provinzialles und Verammlungsberichte Walter Leopoldi, sämtlich in Halle.

Die heutige Nummer umfasst 8 Seiten.

Hohenmölsen.
 Einer geachteten Genußgesellschaft von **Hohenmölsen, Zetzsch u. Umgegend** zur gefl. Nachricht, daß sich am **20. Februar** eine **Geschäfts-Filliale in Hohenmölsen, Neumarktstrasse 2,** eröffnen werde. Jeder, auch der kleinste Auftrag wird sofort und mit größter Gewissenhaftigkeit ausgeführt.
 Hochachtungsvoll **Fritz Reuter, Lützen. Herren-Konfektion und Massgeschäft.**
 Tel.-Amt Hohenmölsen (47).

Sozialdem. Verein für Halle u. den Saalkreis
 Mittwoch den 17. Februar, abends 8 1/2 Uhr, im Volkspark, Burgstraße
Mitglieder-Versammlung d. Frauen
 Tagesordnung:
 1. Vortrag des Redakteurs **Paul Hennig**, Halle a. S.
 2. Vereinsangelegenheiten.
 Unsere weiblichen Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen. - Gäste sind willkommen.
Der Vorstand.

Öffentliche Frauen-Versammlungen
 Am Dienstag, den 16. Februar, abends 8 Uhr:
Aue-Aylsdorf Unt.-Greisslau
 Gäßl. Z. Waldsöhlösschen. Für die Frauen der Mitglieder des Sozialdem. Vereins.
 Ref.: Genossin Keitze-Bremen. Ref.: Gen. Fahrwald-Berlin
 Am Mittwoch, den 17. Februar, abends 8 Uhr:
Droyssig. Kretzschau.
 Gäßl. Deutsches Haus. Restaurant Franz Nuoke.
 Ref.: Genossin Keitze-Bremen. Ref.: Gen. Fahrwald-Berlin.

Wahlkreis Torgau - Liebenwerda.
Öff. Volks-Versammlungen
 finden an folgenden Orten statt:
Mühlberg, Sonntag, den 20. Februar, abends 7 1/2 Uhr im „Frenkischen Hof“.
Hohenleipisch, Sonntag, den 21. Februar, nachm. 3 Uhr im Lokale der Frau Lehmann.
 Tagesordnung in beiden Versammlungen:
 „Der Mandatsraub im preuß. Dreiklassenhaus und das preuß. Landtagswahlrecht.“
 Referent: Reichstagsabgeord. Gen. **Ad. Albrecht**, Halle.
Arbeiter und Arbeiterinnen, sorgt für Massenbesuch! Redefreiheit für Jedermann.
 Eintritt 10 Pfg. Der Zentralvorstand. J. A.: Ernst Winkler.

Ortskrankenkasse des Maurergewerks zu Merseburg.
 Sonntag, den 28. Februar nachm. 3 1/2 Uhr. „Zur guten Quelle“
ordentliche General-Versammlung.
 Tagesordnung: 1. Rechnungslegung. 2. Verschiedenes. Der Vorstand.

Gewerkschafts-Kartell Elsterwerda.
 Dienstag, den 16. Februar, abends 8 1/2 Uhr in der Restauration G. Heßemann, am Markt
General-Versammlung.
 Der Vorstand.

Restaur. Hugo Haase,
 Mansfelderstrasse 11.
 Dienstag, den 16. Februar:
Gr. Schlachtfest.
 Hierzu ladet freundlichst ein **Hugo Haase.**

Laut General-Versammlung vom 13. Jan. 1909 ist unterzeichnete Genossenschaft
In Liquidation getreten.
 Wir ersuchen unsere Gläubiger, ihre Forderungen einzureichen, ebenfalls sämtliche Schuldner, ihre Zahlungen zu begleichen.
Produktiv-Genossenschaft für Herren-Bekleidung, „Solidarität“.
 G. E. m. b. H. in Liquidation.
Halle a. S., Hackebornstrasse 4.
 Die Liquidatoren:
 D. Bartel, A. Kammer, D. Friedrich.

Achtung! Weissenfels. Achtung!
 Den Mitgliedern hiermit zur Kenntnis, daß Herr **Dr. Rubensohn** vom 15. Februar 1909 ab, als Kassennach nicht mehr tätig ist.
Die Vorstände der Orts-Krankenkassen II. u. III.

Bürger-Erholung, Zeitz.
Gr. öffentl. Volksmaskenball.
 Sonntag, den 21. Februar:
 Anfang 8 Uhr. - Demostrierung 9 Uhr.
 Hier der schönsten Tanzmassen erhalten Preise. Um recht zahlr. Besuch bittet freundlich. **Hermann Seydel.**

Rinder-Schlächterei
 Magdeburgerstr. 23, vis-à-vis Walhhalla.
 Empfehlung von heute ab:
Bestes Mastochsenfleisch ohne Knochen a P **70-75** Pf.
Suppenfleisch a P **60-65** Pf.
 alles andere zu billigsten Preisen.
Heute: Frische Kalbbaunen a P 20 Pf.
 Verkaufszeit 7-12, 5-8 Uhr. Hochachtung **R. Hummel.**

Friedr. Thurm's Restaur., „Zum Herrenkrug“.
 Dienstag den 16. d. Mo.
Schlachtfest,
 wozu freundlichst einladet **Wwe. Meta Thurm.**

Der **Neue Welt-Kalender**
 für 1909.
 33. Jahrgang.
 Preis früher 40, jetzt **30 Pfg.**
 Zu beziehen durch alle Austräger und **Die Volksbuchhandlung,** Halle a. S., Harz 42/43.

Briketts,
 Zentner 65 Pfennig
 gibt ab
Schrot- u. Kohlenhandlung, G. Nass, Dolau.

Lederhandlung
 Carl Friedrich Nachf.
 Brüderstr. 3 (Rad. Messe)
 empfiehlt
Sohlleder-Ausschnitt
 zu billigsten Preisen.

Leiterwagen (Handarbeit)
 von 2-10 Zentner Tragkraft
 kauft man am besten bei
M. Bär, Gr. Ulrichstr. 64.
 Wer Bestellung sucht verlange die „Deutsche Vakanzepost“ Esslingen 185.

Ammendorf. Bekanntmachung.
 Hiermit bringe ich meinen werten Kunden zur Kenntnis, daß mich vom Kreisamtstisch des Saalkreises zu Halle a. S. die Erlaubnis zum **Einhandeln m. Branntwein** erteilt worden ist, und bitte ich hierdurch, bei Bedarf mich gütigst freizudienen zu wollen.
Witwe Ottilie Börner.

Hustentropfen,
 Flasche 25 u. 50 Pfg.,
Deutscher Brusttee,
 Paket 10 u. 25 Pfg.,
Eucalyptus-Menthol-Bonbons,
 Paket 25 Pfg.,
Drogerie Max Rädler,
 Marktstr. 2.

Strumpf-Strickerei
 empfiehlt feinsten, **Strümpfe** sowie **Anstricken.**
Merseburgerstrasse 163
 (Alte Dübenerstr.)
Paul Zschornitz.
 Wäuschfabrik jeder Art bei bill. Fab. Ackermann, Rühlberg 10.

Kaisersäle.
 Donnerstag, den 18. Februar, abends 8 Uhr:
Vortrag von Maximilian Harden.
„Die politische Lage“.
 Karten zu 5, 4, 3, 2, 1 Mark
 in der **Rehmuskallion-Handlung Heinrich Nothmann.**

Stadt-Theater
 in Halle a. S.
 Direction: Hofrat W. Richards.
 Dienstag den 16. Februar 1909:
 149. Abomm.-Vorst. 1. Viertel.
Novität!
 Zum 1. Male: **Novität!**
La femme X...
 (Die fremde Frau.)
 Schauspiel in 4 Akten von Alexandre Bisson.
 Anf. 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 1/2 Uhr.
 Mittwoch den 17. Februar 1909:
 150. Abomm.-Vorst. 2. Viertel.
 Mit neuer Ausstattung an Dekorationen und Kostümen.
Novität!
 Zum 14. Male: **Novität!**
Die Dollarprinzessin.
 Operette in 3 Akten (mit Benutzung des Schlußstückes von Satti-Troika) v. A. M. Willmer u. F. Grünbaum.
 Musik von Leo Fall.

Charles Darwin.
Die Abstammung des Menschen.
 Preis 1 Mark.
Die Entstehung der Arten.
 Preis 1 Mark.
Geschlechtliche Zuchtwahl.
 Preis 1 Mark.
 Zu beziehen durch die **Volks-Buchhandlung,** Harz 42/43.
Ernst Häckel
 Volkshandgabe. Preis 1 M.
Volksbuchhandlung.
 Harz 42/43.

Apollo-Theater
 Dir.: **Gustav Poller.**
 Telefon 188.
Theater Job-Classen
 Dir.: **Herm. Job und Pet. Classen.**
Von heute bis inkl. Sonntag, 20. Febr.:
Anfang präzise 8 Uhr,
2 zu 15
! Riesiger Lacherfolg!
Ab Sonntag, 21. Febr.:
Elne Spritztour nach Berlin.

Zeitz.
Restaur. v. Osw. Grosse
 Dienstag den 16. Febr.:
„Kaffee-Kränzchen“
 Freundl. ladet hierzu ein **D. O.**

Grüne Heringe, billige Seefische.
H. Nolte, Merseburgerstr. 162.
Kalk.
 Betz-, Grau-, Zement- und Gipssteine täglich zum Verkauf.
M. Stoye, Johannisstr.
2 möblierte Zimmer
 (Wohn- und Schlafzimmern) zum 1. März gefast. Angehote unter P. T. an die **Volksbuchhandlung.**
Feiner Grossstückarbeiter.
 1. Tarif, der auf Waffaden eingearbeitet, für sofort und dauernd gefast.
Kunstler, Ostl., Altenburg a. S.
 Makulatur verkauft Halle'sche Genossenschaftsbuchdruckerei.

Standesamtliche Nachrichten.
 Halle-Süd, Steinweg 2, 13. Febr.
Ausgeboren: Maurer Adolf u. Meta Janny (Hofenstraße 16a und Bettramstr. 20). Bahnarzt Jinde u. Minna Wede (Hildebrandstr. 21). Wirtshausbesitzer Dr. med. Hennig u. Margard Jeunier (Hornstraße u. Magdeburgerstr. 68). Restaurateur Werner und Emma Freund (Merseburgerstr. 163 und Martinstr. 22). Restaurateur Hoffmann u. Marie Wöllenberg (Annenstraße 1 und Pionierstr.). Arbeiter Nieme und Anna Reichmann (Hofenstr. 4 u. Große Klausstr. 11). Kaufmännischer Vredersbaum u. Minna Rudloff (Mansfelderstr. 24).
Geborene: Arb. Mai u. Meta Schädlich (Niemitz u. Alter Markt 10). Postbote Krüger und Annie Janber (Steig 10). Schuhmacher Demant u. Marie Schreyer (Steinweg 51 und Giebenauststraße 11). Schriftf. Albert und Elisabeth Frosch (Bernhardystraße 8a und Schwemme 8). Drogeriebesitzer Kurewisch und Helene Schneider (Wien u. Landbergstraße 8). Metallarbeiter Mohlitz u. Marie Veder (Schüllerstraße 32 und Rammelschtrabe 4). Gärtner Schmidtchen u. Auguste Jander (Sothenleina u. Natansstraße 16). Handlungsgehilfe March und Anna Böhm (Königsstraße 26 und Poststraße 1).
Gestorbene: Arbeiter Moritz T. (Kleinl.). Postboten Wollmat T. (Bernhardystr. 7a). Arbeiter Oskar E. (Krugstraße 7). Ingenieur Schulz E. (Krausenstraße 29). Schlosser Franz T. (Hedlnerstr. 10).
Gestorbene: Bergarbeiter Waul aus Buhla, 19 J. (Bergmannsstraße). Arbeiters Leichmann aus Jöden 8, 3 J. (Kleinl.). Bauern Schüller, 71 J. (Krausenstraße 29). Magdalena Lehmann, 44 J. (Harz 9). Maurers Schmidt Ober. Christiane geb. Stöckel aus Schwittersdorf, 68 J. (Kleinl.). Arbeiters Schmidt 4, 4 Mon. (Krausenstraße 29). Arbeiter Schiller, 67 J. (Krausenstraße 29). Schiller Schiller aus Freyberg, 14 J. (Kleinl.).
Halle-Nord (Gr. Brunnentstr. 3a), 13. Februar.
Geborene: Former Albig und Anna Wähler (Meißnerstr. 129 und B. Wuchererstr. 20). Schlosser Winter und Minna Schmidt (Feldisch und Giebenauststraße 2). Arbeiter E. Schlotter (Denze 2. (Abdammung 24). Schriftf. Wolff E. (Giebenauststraße 1).
Gestorbene: Invalide Danie, 62 J. (Wölbelschtrabe 7).



Preußisches Dreiklassenhaus.

30. Sitzung. Samstags, den 13. Februar, mittags 12 Uhr.
Die zweite Beratung des

Verwaltungs-Gesetzes für evangelische Pfarrer.

wird fortgesetzt. Die Kommission hat den an sie verwiesenen Antrag **Wandler** (kons.) auf Überweisung einer weiteren hunderttausend Mark vom 1. April 1909 ab an den Pfarr-Blinden- und Taubstummensfonds zur Stärkung der Pflege der Blinden von Geistlichen, welche ein Dienstalter von mehr als 15 Jahren erreicht haben, angenommen. Der Antrag macht zur Voraussetzung, daß von dem Fonds selbst jährlich 200 000 Mk. für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden.

Finanzminister Freier v. Weinbaben erklärt das Einverständnis der Regierung mit dem Antrag. Nachdem die Zeitung für die Beamten und Lehrer erheblich über die Vorlage der Regierung hinaus erzählt worden war, war es ein Gebot der Billigkeit, nun auch die Geistlichen nicht leer ausgehen zu lassen. Nebenbei wäre allerdings eine Lösung der Bedarfsfrage, die vielleicht durch eine Erhöhung der Tempelsteuer erfolgen könnte.

Abg. Graf v. Garmar v. **Sierstern** (kons.) begrüßt diese Erklärung der Regierung.

Abg. Hübner (natl.): Auch meine Freunde sind mit den Kommissionsbeschlüssen einverstanden. Wir hoffen, daß sie dazu beitragen werden, ein einheitliches Band um sämtliche Landesfragen zu schließen.

Abg. Beyer (kons.): Die hohe Liebe (1) der Pfarrer zu ihrem Amt wird sie dafür entschädigen, daß sie nicht so gut bedient sind (1) wie die Beamten.

Abg. Gieseler (frei. Zpt.): Wir erkennen die Notwendigkeit der Erhöhung der Besoldung unserer evangelischen Geistlichen ebenfalls an und werden unter Zurückstellung einiger Bedenken für die Kommissionsbeschlüsse stimmen.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen gegen die Stimmen des Zentrums, eines Teiles der Freisinnigen und der Sozialdemokraten.

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich will zur Geschäftsordnung erklären, daß durch Ihren Beschluß es meiner Partei zu wiederholten Malen unmöglich gemacht worden ist, zu einer äußerst wichtigen und prinzipiellen Sache hier zu Wort zu kommen. In

Krater Anwendung ihrer Macht

haben Sie sich durch diese Gemeinheit selbst gekennzeichnet. (Anruhe rechts; lebhaftes Zutimmung b. d. Soz. Abgeord. Dr. Forst auf den Redner zur Ordnung. Bravo rechts.)

Abg. v. Herms (kons.): Wir haben den Schlußantrag gestellt, um Herrn Hoffmann keine Gelegenheit (1) zu geben, bei Gelegenheit des Verwaltungs-Gesetzes in zweiter Lesung eine ähnliche Rede zu halten (1) wie sie in erster Lesung gehalten wurde. Das Haus hat ihm damals das Wort nach einem dreimaligen Ordnungsruf entzogen und es erwidern und erwidert, daß nicht eine ähnliche Rede wieder gehalten werde. (Bravo rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Ich habe dem Redner zu erwidern, daß ich meine damalige Rede, auf die er Bezug nimmt,

ohne den Satz der Immunität

draußen noch einmal gehalten habe; sie ist als Broschüre gedruckt Ihnen zugestellt worden. Das beweist, daß in Preußen die Staatsimmunität viel laxer ist, wie Sie als gesetzgebende Körperschaft. (Sehr laut! b. d. Soz.)

Die einzelnen Artikel des Gesetzes werden hierauf debattelos angenommen. Zum Artikel 3a, der den von der Kommission eingesetzten Antrag **Wandler** enthält, ist nur der **Abg. Hoffmann** (Soz.) gemeldet. **Vizepräsident Dr. Forst** verliest aber sofort einen **Schlusssatz der Konventionen**, der angenommen wird.

Es folgt die zweite Beratung des

Verwaltungs-Gesetzes für katholische Pfarrer.

Den Antrag **Dr. Forst** (kons.) auf Überweisung staatlicher Pfaffen an katholische Hilfsgeistliche, sowie den Antrag **Stöckel** (Soz.) und **Dr. Forst** (kons.) auf Erziehung des Artikels 15 des Gesetzes, monach den katholischen Pfarrer in Polen und Westpreußen die Gehaltsüberhöhung nur in Form widerruflicher Zulage gewährt werden soll, hat die Kommission abgelehnt. Die widersprüchlichen Zulagen sollen nach Artikel 15 allen katholischen Pfarrer dieser Provinzen gewährt werden, sofern sie nicht durch die Betätigung einer dem preussischen Staat oder dem deutsch sprechenden Teile der Bevölkerung feindlichen Gesinnung das friedliche Zusammenleben der Bevölkerung oder sonst die staatliche Ordnung gefährden. Ueber das Vorgehen in dieser Vorlesung soll der Minister der geistlichen Arbeiten entscheiden. — Danach hat die Kommission einen Antrag auf Erhöhung des Fonds für emeritierte katholische Geistliche um 200 000 Mark der Budgetkommission überwiehen.

Finanzminister Freier v. Weinbaben erklärt die Bereitwilligkeit der Regierung, aus Billigkeitsgründen für diesen Antrag einzutreten.

Abg. Kaufmann (kons.) befürwortet die von der Kommission abgelehnten Vorschläge.

Abg. Wandler (kons.) erklärt das Einverständnis seiner Freunde mit den Kommissionsbeschlüssen.

Abg. Beyer (kons.): Die Ausnahme des Artikels 15 ist uns nicht angenehm. (Lachen b. d. Polen und Soz.) Die Voraussetzung der Verleihung der Zulage ist aber so genau umschrieben, daß es seinem katholischen Geistlichen schwer werden wird, die Betätigung seiner Gesinnung mit den Staatsgesetzen zu vereinbaren.

Abg. Hübner (natl.): Wir stehen auf dem Standpunkt der vollen Parteilichkeit zwischen den verschiedenen Konfessionen und begrüßen es, daß auch für die katholischen Geistlichen etwas über die Vorlage hinaus erreicht werden ist.

Darauf wird ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Zum Worte gemeldet waren noch vier Redner, darunter der Abgeordnete **Hoffmann** (Soz.).

Abg. Gieseler (frei. Zpt.) erklärt, daß ihm das Wort abgeschnitten sei zu der Erklärung, daß keine Freunde für das Gesetz mit Ausnahme des Artikels 15 stimmen würden.

Abg. Hoffmann (Soz.): Mit dieser dritten Qualifizierung haben Sie den Beweis erbracht, daß Sie selbst sich für unfähig erklären, auf meine Ausführungen zu antworten. (Lachen rechts.) Diese dritte Qualifizierung ist bereits ist feige (Anruhe rechts); Glöde des Präsidenten und insam zugleich. (Anruhe rechts; Zustimmung b. d. Soz.)

Vize-Präs. Dr. Kranke: Zunächst muß ich Sie bitten, das Weiterreden zu unterlassen, sowie der Präsident die Glocke rührt. Das ist ein Gebot der Ordnung des Hauses und ein Gebot der Achtung vor dem Präsidenten. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.):

Nicht vor dieser Mehrheit.

Vize-Präs. Dr. Kranke: Wie weit Sie mit Ihren Worten Ihre Selbstachtung genährt haben, haben Sie selbst zu entscheiden. Sie haben aber die Würde des Hauses verletzt (?) und ich rufe Sie deshalb zur Ordnung. (Bravo! rechts.)

Abg. Hoffmann (Soz.): Das ist eine Ehre für mich.

Vizepräsident Dr. Kranke: Diese letzte Bemerkung war gleichfalls ordnungswidrig. Ich rufe Sie zum zweiten Male zur Ordnung und mache Sie auf die geschäftsordnungsmäßigen Folgen dieses Ordnungsrufes aufmerksam. (Bravo! rechts.)

Eine Reihe von Artikeln werden nach den Beschlüssen der Kommission bewilligt. Bei Artikel 15, der die widersprüchlichen Zulagen für die katholischen Geistlichen in Polen und Westpreußen vorseht, begründet

Abg. Stöckel (Soz.) den Antrag auf Streichung dieses Artikels. Auf die Wünsche, die den Geistlichen vielleicht nicht gegeben werden, kommt es uns nicht an. Uns bewegt die Begründung dieses Artikels, uns empört die diskretionäre Behandlung der polnischen Geistlichen, gegen die man ein Ausnahmeregime schafft. Es soll unter Strafe gestellt werden, nicht eine Betätigung gegen das Zeugniss, davon ist gar keine Rede, sondern eine Betätigung gegen einzelne Maßnahmen der Regierung. Diese Ausnahmebestimmung ist dazu geeignet, Streber und Heuchler zu erziehen und so Demoralisation in die Geistlichkeit zu tragen. Auch durch diese Ausnahmebestimmung wie so mancher andere wird der Staat seinen Zweck nicht erreichen, sondern das Gegenteil. Auch ein Beweis für die angeblich deutschfeindliche Gesinnung polnischer Geistlicher ist nicht im geringsten beigebracht worden. Was mit der Verleihung in Widerspruch steht, ist nicht das Verhalten der Geistlichen, sondern das Verhalten der Regierung im Erlaß solcher Ausnahmebestimmungen. (Bravo! bei den Polen und Soz.)

Ein Regierungskommissar erwidert, daß die Gründe, welche die Regierung gerechtfertigen hätten, den Artikel 15 zu beantragen, bei der ersten Lesung dargelegt seien. Er könne das reichhaltige Material durch eine Reihe recht deutlicher Beispiele ergänzen, glaube aber darauf verzichten zu können. Die Annahme des Artikels 15 sei eine wesentliche Voraussetzung des ganzen Gesetzes.

Abg. Kaufmann (kons.) erklärt, daß seine Freunde gegen den Artikel 15 stimmen würden.

Damit schließt die Debatte. Der Artikel 15 wird gegen die Stimmen des Zentrums, der Freisinnigen, Polen und Sozialdemokraten angenommen. (Bravo der Welt des Gesetzes nach den Beschlüssen der Kommission.) Darauf vertagt sich das Haus. Nächste Sitzung Montag 12 Uhr.

Dritte Lesung des Lehrerbildungsgesetzes. Erste Lesung der Novelle zum Vergewaltigungsgesetz. Zweite Lesung des Vergewaltigungsgesetzes. Schluß 4 1/2 Uhr.

Soziales.

Die Liebe zur Brüderlichkeit

äußert sich wieder einmal in der „Deutschen Tageszeitung“. Anknüpfend an die Schredensboten eines vermuthlich Geisteskranken, der in Berlin mehreren Frauen Tische in den Unterleib beibrachte, schreibt die „Deutsche Tageszeitung“:

„Wenn der Täter ein Verbrecher war, so wird seine Strafe verhältnismäßig leicht sein. Obwohl eine Frau das Opfer seiner Muttart wurde, wird er doch keinesfalls wegen Mordes, vielleicht nicht einmal wegen Todschlags sondern nur wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgang bestraft werden können. Er würde also ein paar Jahre im Gefängnis oder im Zuchthaus sitzen und nachher wieder auf die Menschheit losgelassen werden. Eine solche Strafe ist weder eine genügende Abschreckung, noch eine ausreichende Abwehr.“

Erfahrungsgemäß haben derartige Muttarten eine unheimliche, anstößende Wirkung. Dieser Wirkung kann nur durch kräftige Abschreckung entgegengetrieben werden. Bei Verbrechern, die eine so wichtige, des Menschentums unentbehrliche Sinnesart befehlen, ist die in regelmäßigen Zwischenräumen wiederholte körperliche Schmerzregung die einzig wirksame Abschreckungsmittel.“

Arbeitslosigkeit.

Eine vom Generalfiskusartell des industriereichen Klauenfelds Grundbesitz Dresden vorgenommene Fählung ergab in 41 Ortsteilen 1461 Arbeitslose gegen 1021 zur selber Zeit im Jahre 1903, in dem die letzte Arbeitslosenrätlung stattfand. —



Ein Verkaufereignis ohne Gleichen.

Unsere 90 Pf.-Woche

stellt wieder alles bisher Dagewesene in den Schatten.

Durch Heranziehung unserer auswärtigen Reserveläger sind sämtliche bisher bereits vergriffen gewesene Artikel wieder neu ergänzt.

Der Verkauf von **;; Papageien ;;** beginnt jeweils morgens, sofort nach deren Eintreffen.

Leopold Nussbaum

Hamburger Engros-Lager Halle a. S. G. m. b. H. Gr. Ulrichstrasse 60/61.

Wird werden, so daß sie nur auf einer Seite offen ist. Der...
Wird werden, so daß sie nur auf einer Seite offen ist. Der...
Wird werden, so daß sie nur auf einer Seite offen ist. Der...

Das Gaswerk Viehbielstein

hat eine neue Anleihe von 400 000 M. abgeschlossen, deren Zweck die...
hat eine neue Anleihe von 400 000 M. abgeschlossen, deren Zweck die...
hat eine neue Anleihe von 400 000 M. abgeschlossen, deren Zweck die...

Die Unerschämtheit der Hausgerichte

kennt keine Grenzen. Berliner Zeitungen teilen mit, daß die...
kennt keine Grenzen. Berliner Zeitungen teilen mit, daß die...
kennt keine Grenzen. Berliner Zeitungen teilen mit, daß die...

Wilde Schimpfereien

verdrückt die „Halbesche Zeitung“ in ihrer Sonntagsnummer...
verdrückt die „Halbesche Zeitung“ in ihrer Sonntagsnummer...
verdrückt die „Halbesche Zeitung“ in ihrer Sonntagsnummer...

In einem „Das Verantwortlichkeitsgefühl der Not“ über...
In einem „Das Verantwortlichkeitsgefühl der Not“ über...
In einem „Das Verantwortlichkeitsgefühl der Not“ über...

* Sozialdemokratischer Verein. In die Bezirksführer...
* Sozialdemokratischer Verein. In die Bezirksführer...
* Sozialdemokratischer Verein. In die Bezirksführer...

* Bezirksabrechnung. Die Mitglieder des 2. Bezirks...
* Bezirksabrechnung. Die Mitglieder des 2. Bezirks...
* Bezirksabrechnung. Die Mitglieder des 2. Bezirks...

* Abrechnung. Am Mittwoch den 17. Februar, abends...
* Abrechnung. Am Mittwoch den 17. Februar, abends...
* Abrechnung. Am Mittwoch den 17. Februar, abends...

* Die Gewerkschaftsbücherei halten ihre nächste Monats...
* Die Gewerkschaftsbücherei halten ihre nächste Monats...
* Die Gewerkschaftsbücherei halten ihre nächste Monats...

* Die halbesche Freie Studentenzeitung veranlaßt am Dienstag...
* Die halbesche Freie Studentenzeitung veranlaßt am Dienstag...
* Die halbesche Freie Studentenzeitung veranlaßt am Dienstag...

* Neue Fernsprechanschlüsse. Ab 1. März werden die...
* Neue Fernsprechanschlüsse. Ab 1. März werden die...
* Neue Fernsprechanschlüsse. Ab 1. März werden die...

* Aus dem Bureau des Stadttheaters. Es sei nochmals...
* Aus dem Bureau des Stadttheaters. Es sei nochmals...
* Aus dem Bureau des Stadttheaters. Es sei nochmals...

* Sinfonie-Konzerte. (Halbesche Orchester-Vereinigung.) Ein...
* Sinfonie-Konzerte. (Halbesche Orchester-Vereinigung.) Ein...
* Sinfonie-Konzerte. (Halbesche Orchester-Vereinigung.) Ein...

* Am Apollo-Theater hat „Der Mann mit dem Fimmel“...
* Am Apollo-Theater hat „Der Mann mit dem Fimmel“...
* Am Apollo-Theater hat „Der Mann mit dem Fimmel“...

* Schadenfeuer. In der Feuerungsanlage des an der...
* Schadenfeuer. In der Feuerungsanlage des an der...
* Schadenfeuer. In der Feuerungsanlage des an der...

* Wetterveränderungen unternehmen gestern zahlreiche...
* Wetterveränderungen unternehmen gestern zahlreiche...
* Wetterveränderungen unternehmen gestern zahlreiche...

* Jugendliche Strahnenrinderin. Am Sonnabend nachmittags...
* Jugendliche Strahnenrinderin. Am Sonnabend nachmittags...
* Jugendliche Strahnenrinderin. Am Sonnabend nachmittags...

Wortermomente mit Inhalt verbrachten war. 45 Wkg und...
Wortermomente mit Inhalt verbrachten war. 45 Wkg und...
Wortermomente mit Inhalt verbrachten war. 45 Wkg und...

* Straßenunfälle. Am Sonnabend nachmittags 142 Rthl...
* Straßenunfälle. Am Sonnabend nachmittags 142 Rthl...
* Straßenunfälle. Am Sonnabend nachmittags 142 Rthl...

Diesem. In der fälligen Monatsbesprechung über...
Diesem. In der fälligen Monatsbesprechung über...
Diesem. In der fälligen Monatsbesprechung über...

* Die 13. Witterung. (C. H.) Der mysteriöse Einbruch...
* Die 13. Witterung. (C. H.) Der mysteriöse Einbruch...
* Die 13. Witterung. (C. H.) Der mysteriöse Einbruch...

Stadt-Theater.

Über von Richard Wagner. Die Wiedergabe des...
Über von Richard Wagner. Die Wiedergabe des...
Über von Richard Wagner. Die Wiedergabe des...

Das Julumkommen von Orchester und Bühne war...
Das Julumkommen von Orchester und Bühne war...
Das Julumkommen von Orchester und Bühne war...

Gerichtssaal.

Am 12. Februar. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor...
Am 12. Februar. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor...
Am 12. Februar. Vorsitzender: Landgerichtsdirektor...

Eduard Graf, Bettfedern, lew. Betten. Bestes und billigste Bezugsquelle. Marktplatz 11, Halle a. S.

